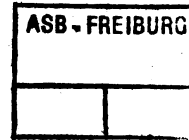


# PALÄSTINA - NACHRICHTEN



20.12.73

zeitung des palästina komitees freiburg

## WEM NÜTZT DAS ATTENTAT VON ROM?

Bei dem Anschlag von einigen Palästinensern auf eine Pan-Am-Maschine und der Entführung eines Flugzeugs der Lufthansa auf dem Flughafen von Rom sind über 30 Menschen ums Leben gekommen. Trotz so vieler Toter haben die Attentäter ihr begrenztes Ziel, die Befreiung zweier in Athen einsitzender Palästinenser nicht erreicht; und schon gar nicht haben die Sache und die politischen Ziele des palästinensischen Volkes unterstützt oder gar weitergebracht. Im Gegenteil, dieser individuelle Terror nützt nur denen, die die gerechte Sache der Palästinenser, ihre Forderung nach Selbstbestimmung immer unterdrückt haben.

So ist es nicht verwunderlich, daß sich wieder mal die "Weltmeinung" darüber einig ist, daß das palästinensische Volk aus Terroristen besteht. Presse, Rundfunk und Fernsehen greifen dies auf und in ihren Augen stellt sich die Sache dann folgendermaßen dar: Araber = Palästinenser, Palästinenser = Terrorist. Wie "den Arabern" die Schuld für die Energie- und Wirtschaftskrise in die Schuhe geschoben wird, so gibt die

FÜR DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER BEVÖLKERUNG AM WESTJERUSALEM U. IM GAZASTREIFEN!

bürgerliche Presse dem palästinensischen Volk die Schuld an dem Attentat in Rom. Das Zweite Deutsche Fernsehen ging am 17.12. sogar soweit, die libanesische Regierung aufzufordern, die palästinensische Widerstandsbewegung zu unterdrücken: 'die libanesische Regierung solle die Stützpunkte der Terroristen in den Flüchtlingslagern im Libanon vernichten und endlich die Kontrolle in den Lagern selbst übernehmen.'

In diesen Lagern leben Palästinenser, die zu den 1,5 Mio. Flüchtlingen gehören, die das zionistische Israel in seinen Expansionskriegen seit 1948 systematisch vertrieben hat. Würden sich die Palästinenser auf die Unterstützung der UNRWA (UNO-Hilfsorganisation für Flüchtlinge), die ihnen 12 Pf. pro Tag zubilligt, verlassen, hieße das, Selbstmord begehen. Deshalb haben die Palästinenser begonnen, sich auf ihre eigenen Kräfte zu verlassen, indem sie sich z.B. in den Lagern demokrat. Räte zur Selbstverwaltung gewählt haben, Krankenhäuser und Schulen bauen, den Boden bebauen und sogar kleine Fa-

briken errichten. Sie nehmen also ihre Sache in die eigene Hand und werden dadurch zu einer Gefahr für jeden Staat, der seine Bevölk. unterdrückt, wie der Libanon, der keinen Finger krümmt, um die Palästinenser zu unterstützen, und die Eigeninitiative verhindern will.

Große Bedeutung gewinnt das Attentat von Rom im Hinblick auf die Nahostfriedenskonferenz in Genf, die am Freitag beginnen soll.

Um was geht es nun in Genf?

Schon seit 1967 sind sich die Großmächte darüber einig, daß der Nahe Osten "befriedet" werden muß, selbst wenn dies auf Kosten des palästinensischen Volkes geht. In allen bisher vorgeschlagenen "friedlichen Lösungen" werden die Palästinenser nur als Flüchtlinge betrachtet und nicht als Volk; d.h. ein Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk soll es nicht geben, und dies nicht aus reiner Boshaftigkeit, sondern um die handfesten Interessen der Supermächte durchzusetzen: ihr Kapital im Nahen Osten braucht Ruhe, um wie die Saat richtig aufgehen zu können, die Verkehrswege und der Ölimport sollen frei und gesichert werden.

Die PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation), der Dachverband aller Widerstandsorganisationen, hat grundsätzlich ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Friedenskonferenz erklärt. Nach der Meinung ihres fortschrittlichsten Flügels, der Demokratischen Volksfront zur Befreiung Palästinas (FDPLP) werden auf dieser Konferenz 2 Lösungsmöglichkeiten eine Rolle spielen. Die Regelung, die von den USA, Israel und Jordanien begünstigt wird, bedeu-

tet zweierlei: a) geringe Gebietsverluste (Westufer und Gazastreifen) und b) Hussein erhält diese Gebiete, in denen dann alle Palästinenser unter seiner reaktionären Herrschaft angesiedelt werden sollen sie bilden mit Jordanien zusammen das Vereinigte Arabische Königreich. Die 2. Regelung läuft auf Separatabkommen zwischen Israel und einzelnen arabischen Staaten hinaus, z.B. mit Ägypten. Aus seinen Erfahrungen weiß das paläst. Volk, daß dies immer grünes Licht bedeutet hat für die Regierungen der Länder, in denen es lebt, wieder einmal einen Verrichtungsschlag gegen seine Organisationen durchzuführen.

Ausgehend von diesen beiden Alternativen hat sich die PLO zur Teilnahme entschlossen, damit nicht über ihren Kopf hinweg verhandelt wird. Die Forderungen, die von der FDPLP aufgestellt werden, sind:

- 1) die nach 67 besetzten Gebiete dürfen nicht in israel. Hand bleiben.
- 2) die PLO und nicht König Hussein ist die einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes.
- 3) die Gebiete am Westufer des Jordan und im Gazastreifen dürfen nicht Jordanien zufallen. Der Bevölkerung dort muß das Recht auf Selbstbestimmung zugestanden werden. In diesen Gebieten soll dann ein nationaler u. demokratischer Staat entstehen als ein Schritt zur Befreiung des gesamten paläst. Territoriums.

Bis jetzt hat die PLO keine offizielle Einladung zur Friedenskonferenz erhalten. Aber für das paläst. Volk ist nur dann eine Regelung annehmbar, wenn es vertreten durch die PLO selbst daran beteiligt ist.

FÜR DIE ANERKENNUNG DER PLO ALS ALLEINIGE VERTRETERIN DES PALÄST. VOLKES BEI DER FRIEDENSKONFERENZ IN GENÈVE